

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Verkaufspreis 50 000 M., die 66 mm breite Grundzeile od. deren Raum im amtlichen Teile 100 000 M., unter Eingangsbeitrag 120 000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beläge, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesversicherungsanstalt, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 193

Montag, 20. August

1923

Abwehrmaßnahmen gegen die drohende Katastrophe.

Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 19. August.

Das Reichskabinetts beschloß sich am Sonntag nachmittags in einer mehrstündigen Sitzung mit den zu ergreifenden finanz- und währungsrechtlichen Maßnahmen. Die Beratungen werden am Montag nachmittags fortgesetzt und jedenfalls zum Abschluß gebracht werden.

Die Reichsregierung ist sich klar darüber, daß mit aller Entschiedenheit durchgegriffen werden muß, wenn die Katastrophe vermieden werden soll. Nicht zuletzt hat die erst jetzt wieder von der Schwereindustrie eingenommene Haltung auch diejenigen zu der Überzeugung gebracht, die bisher noch auf Zwangsmaßnahmen verzichten zu können glaubten. Bekanntlich wurde noch unter der alten Regierung mit der Industrie die Vereinbarung zur Ablieferung eines beträchtlichen Devisenbetrages für die Bildung eines Devisenfonds getroffen. Aber auch jetzt hält die Schwereindustrie ihre Verpflichtungen nur zum Teil ein und versucht nach wie vor, ihr Spekulationsinteresse zu schützen. Es wird u. a. behauptet, daß sie die schon abgetretenen Devisen zum Teil aus

Papiermarktkredit der Reichsbank

gezahlt hat, die natürlich von Herrn Havenstein immer wieder gegeben werden. Darüber hinaus soll jetzt beobachtet worden sein, daß Goldschmiede, die der Industrie für abgelieferte Devisen ausgehändigt wurden, wieder verkauft worden sind und mit dem Geld Devisen zurück erworben wurden. Nimmt dieser Zustand seinen Fortgang, dann ist mit einem vollkommenen Fehlschlag der neu eingeleiteten Intervention zu rechnen, sobald wir entscheidende Maßnahmen mit aller Mäßigkeit und Schärfe durchzuführen werden müssen.

Stabilen Währungsverhältnissen

kommen, da sonst in absehbarer Zeit der Kampf aller gegen alle unvermeidlich ist. Die seit Anfang August eingetretene Entwertung der Mark war derart, daß die kleineren und mittleren Betriebe heute außerstande sind, die zum Leben notwendigen Gehälter an das Personal zu zahlen. In Anbetracht dessen hat sich ein großer Teil der kleinen und mittleren Unternehmer bereits jetzt veranlaßt gesehen, dem Personal zu kündigen. Sicherlich wird der gegenwärtige Zustand von diesem oder jenem Unternehmer, der, als Devisenbesitzer, die erhöhten Löhne zahlen konnte, ausgeglichen, aber es muß auch einmal ganz offen gesagt werden, daß die kleineren und mittleren Betriebe vorläufig in der Tat außerstande sind, heute die Markbeträge auszubringen, die zur Zahlung der Gehälter und Löhne notwendig sind. Es wird deshalb nicht anders übrig bleiben, als daß dem Personal bei den kommenden Auszahlungen nur ein Teil der tariflichen Gehälter bzw. Löhne zur Verfügung gestellt wird, während der Rest auf eine bestimmte festzulegende Zeit weitestgehend garantiert werden muß. Jetzt muß jeder Einzelne vorübergehend Opfer bringen. Die Voraussetzung ist jedoch, daß zunächst stabile Verhältnisse geschaffen werden, die die Möglichkeit geben, die jetzt fehlenden Beiträge in einer Übergangszeit aus den Betrieben wieder herauszuwickeln. Kommen wir nicht zu dieser Übergangszeit, dann ist die Katastrophe nicht mehr zu vermeiden.

Mehr Worte als Taten.

Das unbefriedigende Ergebnis der Ernährungsminister-Konferenz.

Berlin, 19. August.

Die Konferenz der Ernährungsminister der Länder, die am letzten Freitag stattfand, hatte ein verhältnismäßig dürftiges Resultat. Die Vorschläge der mitteldeutschen Ernährungsminister (Sachsen, Braunschweig, Thüringen, Anhalt), die schon vor längerer Zeit dem Reichsernährungsminister zugeworfen waren und die ein Zurückgreifen auf die

Wege der Zwangswirtschaft

forderten, fanden wenig Gegenliebe. Auch von irgendeinem Wingen auf die Vorschläge der Gewerkschaften hört man nichts.

Für die Getreidebewirtschaftung wird die Umlage abgelehnt. Das Reichsernährungsministerium will eine Art Vorkaufsverpflichtung, besonders für die minderbemittelten Schichten, treiben, und zwar zunächst für den Zeitraum vom 15. Oktober bis 15. April. Bis zum 15. Oktober soll die Vorkaufsverpflichtung weitergeführt werden. Über die näheren Methoden ist man sich im Ministerium noch nicht ganz klar, auch nicht darüber, ob für die Zeit vom Oktober bis April Vorkauf oder Vorkauf für die Minderbemittelten in Frage kommen. Für die Sicherstellung der

Fleischversorgung

wurde ebenfalls kein neuer Vorschlag gemacht, also freier Handel, wie bisher. Desgleichen soll der Zucker jetzt völlig der freien Wirtschaft ausgeliefert

werden, jedenfalls soll es künftig keine Sonderwirtschaftsstellen mehr geben. — Die Kartoffelfrage wurde als Kreditfrage angesehen und behandelt. Man versucht sich viel Hilfe von der neuen Kartoffel-Kreditbank, die der frühere Staatssekretär Peters gründete. Die Bank soll in erster Linie dem Handel dienen und vom Reich Kredite erhalten. Daneben sollen die Kommunalverbände zur Kartoffelerzeugung selbst sich Geld beschaffen. Hierfür sind ebenfalls Vorschläge in der Kreditfrage von der Reichsbank vorgegeben. Schließlich sollen die großen Unternehmungen

Vorschüsse gewähren, damit die Arbeiter zu gegebener Zeit sich mit Kartoffeln einkaufen können.

In letzter Minute.

Eine Kanzlerrede — wie sie sein müßte.

Die Unformverhältnisse „Berliner Weltzeitung“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer den folgenden Wortlaut:

Sind sich unsere führenden Kreise noch immer nicht klar über den tatsächlichen Ernst der Stunde, richtiger gesagt: der Minute? Man sollte meinen, sie müßten sich klar sein. Aber was geschieht? Es wird verhandelt, diese oder jene Kreise werden „empfangen“, und dann folgen die üblichen Sitzungen. Sicherlich: die führenden Männer reiben sich persönlich auf und gönnen sich keine Ruhe. Dennoch hat es den Anschein, als ob ihnen über all den eintreffenden Berichten der Dollar wieder fortläuft und der Zusammenbruch der Versorgungsmöglichkeit sie wie ein überflutet.

Unerrichtet: Kreise haben uns versichert, daß kein eigentlicher Mangel an den Hauptnahrungsmitteln besteht. Und angesichts der zweiten recht guten Ernte in der wir leben, erscheint das als durchaus zutreffend. Wir haben Kartoffeln, wir haben Getreide genügend, auch Fleisch und Fett wären in ausreichendem Maße vorhanden. Das Problem ist nicht die Beschaffung, sondern die Veranlagung durch wilde Spekulation. Auf der bisherigen Grundlage geht das keine zwei Wochen mehr. Das Gehaltgeld reicht kaum für die äußerste Notdurft an Gas- und Licht, an Kohlenrechnungen denkt jeder nur mit Schauern. Es geht nicht mehr! Wir müssen es der Regierung täglich in die Ohren schreien.

Der Reichskanzler empfängt die Vertreter des Reichslandbundes zur Besprechung der Ernährungslage. Er spricht Wünsche und dringende Ermahnungen aus und nimmt dafür allerlei Verbindungen der Landbauherren entgegen, die von allen Beschränkungen frei sein wollen. Man vertreibt die Zeit. Dabei kann es in der heutigen Situation überhaupt nur eine Möglichkeit geben. Ein Reichskanzler, der seiner schwierigen Aufgabe gewachsen sein will, müßte alle maßgebenden und für ihre Voraussetzungen verbindlich auftretenden Vertreter der Produzenten telegraphisch zusammenberufen und ihnen folgende

Ausprüche

sprechen: „Meine Herren! Der Worte sind genug gereicht. Nichts mehr von Verhandlungen, von Beratungen, von Bedingungen. Es gibt nur noch eine einzige Bedingung, und sie muß von Ihnen sofort erfüllt werden: Innerhalb drei Tagen haben Sie alles, was nicht für Ihren Vertriebsbedarf dringend erforderlich ist, zu ertüchtlichen Preisen zur Verfügung zu stellen oder zur Verfügung zu machen. Tun Sie das nicht, dann stellen Sie sich außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft und haben die Folgen zu tragen. Tauschen Sie sich nicht darüber, daß die Folgen die allersehenswertesten sein werden. Das deutsche Volk verlangt in seiner Not von mir sofortiges Handeln, und es hat ein Recht dazu. Es geht nicht an, der Klasse des deutschen Volkes den Genuß der Erzeugnisse des vaterländischen Bodens durch unerträgliche Bedingungen zu sperren. Sie, meine Herren, kennen die Not des Hungers und die verzweifelte Sorge von Familienvätern um die Ernährung ihrer Kinder. Die nächsten Tage nicht: denn Sie haben immer

satt und gut zu essen. Aber die große Mehrheit des Volkes der Reichslandeile steht vor dem Hunger wegen der Preissteigerung der Lebensmittel. Wehe uns und wehe Ihnen, wenn der Hunger alle Schranken niederreißt! Unterschätzen Sie diese erste Gefahr nicht! Nicht mit Polizeimitteln, nicht mit Maschinengewehren wäre diese Woge niederzuhalten. Hungersnot kennt kein Gebot. An Ihnen ist es, dieser Gefahr für das deutsche Volk und für sich selbst entgegenzutreten. Sie haben die Rettung vor dem Völkerverfall zum großen Teil in der Hand. Beweisen Sie jetzt, daß Sie Deutsche sind! Lassen Sie Ihren vielen patriotischen Vorkämpfern großzügige Taten folgen! Verhandeln wir nicht mehr weiter, jede Stunde bringt unheimliche Verschärfung der Not — denken Sie jetzt einzig und allein! Auch wenn Sie am jetzt erforderlichen Opfer gar nichts verdienen, Sie können deshalb doch leben und erwerben sich ein unsterbliches Verdienst. Opfern Sie, wenn Sie nicht selbst geopfert werden wollen. Ein Drittes gibt es nicht mehr. ... Und nun weisen Sie schärfend auf Ihre Güter, meine Herren, und geben Sie allen Verzweifelten die Hand zum sofortigen Handeln. Ihre Meinung brauche ich nicht zu hören, die meine, aber es kommt heute nicht mehr auf Meinungen an. Dank in Sie unverzüglich im Sinne meiner Ausführungen. Es ist die letzte Mahnung vom Kanzler des deutschen Volkes.“

Eine Vertikale, mit solchen oder ähnlichen Worten ausgefüllt, würde noch keine verlorene Zeit sein. Aber zu allem anderen ist keine Zeit mehr. Das Spiel der erblichen Konventionen mit „Sachverständigen“, die zumetst Interessenten waren, will das deutsche Volk nicht mehr mit ansehen. Wenn die neue Regierung nicht grundsätzlich neu und anders verfahren kann, dann wird die weitere Entwicklung sehr bald auch über sie hinweggehen. Die Reichsregierung hat gewiß ungeheuerlich geschädigt, und England wie Amerika haben ebenfalls Notwendiges unterlassen. Aber dadurch allein ist unsere Lage nicht so verzweifelt geworden. Kommt ein Zusammenbruch, dann bräutet er letzten Endes auf der Selbstsucht der deutschen Sachverständigen und Produktionsgebietsbesitzer, die ihren „Substanz“-Fetisch anbeteten und nicht die Kraft zum zeitigen Opfer gewannen. Nicht darauf kommt es an, daß alle Volksteile einig werden in der Meinung, es kommt einzig auf die Einigkeit zu. Opfer wollen an. Und die Reihe zum Opfer ist jetzt am West, weil das heilige Volk schon alles bis zur letzten ganzen Stiefelsohle geopfert hat. Man wäge sich nicht in der Hoffnung, das Opfer doch noch umgehen zu können. Der Verzweiflung, die dann ausbricht, wäre kein West, keine Polizei und kein Reichskanzler mehr gewachsen. Das weiß sicher auch der fluge Herr Stresemann. Er hat viele geschickte und angesehene Redner gehalten — das deutsche Volk wird ihm seine Bezugsangelegenheiten vergeihen, wenn er endlich die allein notwendige Rede hält.“

Für die Wagenstellung hat das Reichsverkehrsministerium insofern Sorge getroffen, als die Kartoffeln in der Dringlichkeitsliste, die das Ministerium, ähnlich wie im Krieg, aufgestellt hat, an die erste Stelle gesetzt wurden. In diesem Jahre müssen, bei dem Mangel an gebrauchten Waggons (infolge der Ruhrbesetzung), mehr ungedeckte Wagen beim Kartoffeltransport verwendet werden. Man hofft aber, diesem Übelstand mit Hilfe des in diesem Jahre reichlich zur Verfügung stehenden Strohs begegnen zu können.

Für die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Fett hatten die mitteldeutschen Ernährungsminister verlangt, die Großindustrie solle dem Reich durch Gewährung von Krediten eine größere Fetteinfuhr ermöglichen. Das ist nach Auffassung des Ministeriums, bereits vor kurzem geschehen. Dem Fettehandel sind im August genügend Devisen zugeleitet worden. Die Fett- und Margarineversorgung hat sich beträchtlich gebessert. In Berlin ist sogar im Absatz von Margarine eine leichte Steigerung eingetreten. Über die Butterfrage wurde nicht eingehender gesprochen. Der von den mitteldeutschen Ernährungsministern vorgeschlagene Höchstpreis für Milch fand keine Annahme. Die Einwände besagen, ein niedriger Milchpreis vertriebe die Milch und ein dem freien Milchpreis stark angepaßter Höchstpreis habe keinen Zweck. Im übrigen wurde, zur Unterstützung mancher Konferenzteilnehmer, festgestellt, daß auch Länder ohne Höchstpreis einen verhältnismäßig niedrigen Milchpreis haben. Berlin hatte z. B. einen Milchpreis zwischen 50 000 und 70 000 M., als Schwertin und Oldenburg jeweils einen solchen von 100 000 M. hatten. Vom Reichsverkehrsministerium, d. h.:

Frachtpolitik scharf kritisiert wurde,

forderte man Frachtmäßigung für die Milch. Vom Reichsverkehrsministerium werden Maßnahmen zur Verminderung der Milch für die Minderbemittelten (Hilfsstoffe u. dergl.) in Aussicht gestellt.

Vom Deutschen Landwirtschaftsrat, von der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg und anderen unabhängigen Stellen wird eine Ernte erwartet, welche die vorjährige bei weitem übersteigen wird. Nur der Kartoffelertrag wird, nach den bisherigen Ansichten, das sehr günstige Ergebnis des Vorjahres nicht erzielen. Außerordentlich sind die Aussichten für Getreide, hauptsächlich in Bayern, in der Rheinburger Heide und in Westfalen. Hier wurden ausgezeichnete Ernte gesehen, deren Reizenertrag zum Teil auf 18 bis 20 Zentner für den Morgen gegen 16 im Vorjahre geschätzt wird. Rübren und andere Hackfrüchte haben sich nach der für sie ungünstigen Zusammensetzung im Sommer gut erholet. Klee- und Luzerneerträge haben überall einen guten, stellenweise sehr guten Ertrag geliefert.

Die Vorgänge in der Reichsbank.

Der harthörige Herr Havenstein.

Berlin, 20. August.

Für den Ernst, von dem das Direktorium der Reichsbank, seiner ganzen Überlieferung gemäß, noch besonnen ist, ist ein Vorfall bezeichnend, der sich in der Zentrale der Reichsbank abgespielt hat. Am 15. August hat das Reichsbankdirektorium den Vorsitzenden des Betriebsrates Großmann scharf entlassen. Das Ründigungsgekreise gibt als Grund an, daß Großmann am 10. August den Druck jenes berühmten Plakats zu verhindern gesucht habe, durch das die Reichsbank der Berliner Bevölkerung einreden wollte, daß es ihr „durch den Streik der Buchdruckerarbeiter — der Streik hatte gerade begonnen, als das Plakat in der eigenen Tugend der Reichsbank in Druck gegeben war — nicht möglich sei, die notwendigen Zahlungsmittel bereitzustellen, insbesondere die für die Arbeiter notwendigen Lohngehälter zur Auszahlung zu bringen“. Ein zweiter Grund der Entlassung sollte darin bestehen, daß der Betriebsratsvorsitzende am 13. August den Reichsbankpräsidenten Havenstein in aufgereizter Weise, sofort sein Amt niederzuliegen. In Wirklichkeit handelt es sich hier nur um gesunde Gründe, um das schon längst unbenommene Mitglied des Betriebsrates endlich loszuwerden.